



Detailansicht des Registereintrags

Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V.

Aktuell seit 15.04.2026 15:23:44

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|---|
| Registernummer: | R001317 |
| Ersteintrag: | 24.02.2022 |
| Letzte Änderung: | 15.04.2026 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 30.06.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein |
| Kontaktdaten: | Adresse: Pariser Platz 6a 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49303001493377 E-Mail-Adressen: info@osb-alliance.com Webseiten: https://www.osb-alliance.com |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

110.001 bis 120.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Peter Ganten**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Diego Calvo de Nó**
Funktion: Finanzvorstand
3. **Stefan Zosel**
Funktion: Stellvertretender Vorstandsvorsitzender
4. **Dr. Daniel Gerber**
Funktion: Stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (21):

1. **Miriam Seyffarth**
Tätigkeit bis 03/21:
Referentin und Büroleiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
2. **Lothar Becker**
3. **Dr. Thomas Köster**
4. **Torsten Hallmann**
5. **Simon Fröhlich**
6. **Dr. Kai Martius**
7. **Stephan Ilaender**
8. **Birgit Becker**
9. **Claus Wickinghoff**
10. **Holger Dyroff**
11. **Peer Heinlein**
12. **Uwe Presler**
13. **Ingo Wichmann**
14. **Felix Kronlage-Dammers**
15. **Rico Barth**
16. **Markus Keller**
17. **Jutta Horstmann**

18. **Peter Ganten**

19. **Diego Calvo de Nó**

20. **Stefan Zosel**

21. **Dr. Daniel Gerber**

Gesamtzahl der Mitglieder:

235 Mitglieder am 23.06.2025, davon:

23 natürliche Personen

212 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. APELL (Association Professionnelle Européenne du Logiciel Libre | The Open Source Software Business Association)
2. Eclipse Foundation Inc.
3. European Society of Digital Sovereignty e.V. (DSfDS)
4. German Unix User Group e.V. (GUUG)
5. OpenInfra Foundation (OIF)
6. The Linux Foundation (LF)
7. Open Source Security Foundation (OpenSSF)
8. DIN Deutsches Institut für Normung e. V. (DIN)
9. Ecma International

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Verwaltungstransparenz/Open Government; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie; Open Source Software; Digitale Souveränität

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V. (OSBA) ist der Unternehmensverband der deutschen Open-Source-Industrie. Wir setzen uns für die Stärkung der digitalen Souveränität des Staates durch den Einsatz von Open Source Software ein. Zu diesem Zweck wollen wir die politischen Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software insbesondere in der öffentlichen Verwaltung verbessern und zum Abbau bestehender Hürden beitragen.

Im Zentrum unserer Arbeit steht die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen den Verbandsmitgliedern und externen Akteur:innen und Organisationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Wir stellen die Expertise unserer Mitglieder und der Hauptamtlichen zur Verfügung und nehmen u.a. an Sachverständigenanhörungen im Deutschen Bundestag (z.B. Anhörung des Digitalausschusses zu Open Source im Dezember 2024) sowie der Bundesregierung (z.B. zum Onlinezugangänderungsgesetz im März 2023) teil.

Wir gehen durch direkte Anschreiben sowie persönliche Gesprächstermine in den Kontakt mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertreter:innen der Bundesministerien. Schwerpunkt der Interessenvertretung sind hierbei (Änderungs-)Vorschläge zu konkreten Regelungsvorhaben sowie der allgemeine Austausch darüber, wie Open Source Software und offene Standards in der öffentlichen Verwaltung erfolgreich und effizient eingesetzt werden können, wie das deutsche und europäische Open-Source-Ökosystem gestärkt werden kann und welche Rolle Open Source Software für die digitale Souveränität sowie für Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit spielt.

Wir erarbeiten und veröffentlichen regelmäßig Positionspapiere, Stellungnahmen und wissenschaftliche Studien mit Vorschlägen für gesetzliche Regelungsvorhaben. Diese Papiere senden wir sowohl an Mitglieder des Deutschen Bundestages als auch an Vertreter:innen der Bundesministerien oder nachgeordneter Behörden.

Vereinzelt vernetzen wir im Rahmen von Veranstaltungen wie Konferenzen oder parlamentarischen Frühstücksgesprächen Mitglieder des Deutschen Bundestages mit unseren Verbandsmitgliedern, damit die Abgeordneten ein Verständnis von der Leistungsfähigkeit und den Angeboten und Lösungen der Open-Source-Industrie gewinnen können.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Cyber Resilience Act

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Umsetzung der EU-Verordnung zum Cyber Resilience Act (CRA) die Anforderungen und Geschäftsmodelle unterschiedlicher Akteure aus der Open-Source-Branche angemessen berücksichtigt werden (bspw. im CRA-Durchführungsgesetz). Überregulierung und Rechtsunsicherheit sollen vermieden werden. In diesem Zusammenhang wirken wir an der Umsetzung der "CRA Standardisation Requests" in den europäischen und nationalen Normungs- und Standardisierungsgremien mit und setzen uns dort dafür ein, dass der Bedarf und die Perspektive der Open-Source-Branche bei der Umsetzung der Anforderungen aus dem CRA berücksichtigt werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2847 über horizontale Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen (Cyberresilienz-Verordnung) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 18.03.2026

Federführendes Ministerium: [BMI \[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[BSIG 2025 \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Parlamentarisches Verfahren [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

2. Open Source als Standard in der Deutschen Verwaltungscloud

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Deutschen Verwaltungscloud (DVC) vorrangig Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen verwendet werden. Die Bundesregierung soll sich im IT-Planungsrat und über die FITKO dafür einsetzen, dass mehr Open-Source-Cloud-Angebote für die öffentliche Verwaltung entwickelt und angeboten werden, und dass für die Angebote der DVC verpflichtend hohe Standards für digitale Souveränität durch Open Source festgelegt werden. Diese Anforderungen an Cloudlösungen sollen auch in Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien verankert werden. Die Bundesregierung soll aktiv von proprietären Angeboten außereuropäischer Anbieter auf Open-Source-Cloud-Angebote umsteigen, und hierfür u.a. die Standards des Sovereign Cloud Stacks nutzen.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#); Verwaltungstransparenz/Open Government [\[alle RV hierzu\]](#); Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#); Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406260133 \(PDF - 6 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Rahmenbedingungen für die Beschaffung und den Einsatz von Open Source Software verbessern

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung zur Stärkung der digitalen Souveränität die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Open Source in der öffentlichen Verwaltung verbessert und bestehende Hürden abbaut. Hierfür soll die Bundesregierung sich analog zu Ländern wie Schleswig-Holstein, Sachsen oder Berlin eine eigene Open-Source-Strategie geben. Zur Umsetzung der Ziele aus der Strategie sind ggf. bestehende Gesetze zu ändern (z.B. Egovernment-Gesetz des Bundes, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen o. a.).

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502120025 (PDF - 18 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

4. Finanzielle Stärkung der Open-Source-Initiativen der Bundesregierung

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung ihre eigenen Open-Source-Initiativen, die der Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung dienen sollen, im Bundeshaushalt kontinuierlich ausreichend finanziert.

Zu diesen Open-Source-Initiativen gehören insbesondere das Zentrum für digitale Souveränität mit seinen Projekten OpenCoDE und OpenDesk sowie weiteren Projekten und der Sovereign Tech Fund.

Der Großteil dieser Initiativen wurde zuletzt aus dem Haushaltstitel "532 13-042 Sonstige Dienstleistungsaufträge an Dritte" im Etat des BMI, Einzelplan 0602, Titelgruppe 01: IT und Netzpolitik, finanziert. Wir fordern, dass dieser Titel jährlich mit mindestens 50 Millionen Euro ausgestattet werden muss.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2026 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu];
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere
Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu];
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und
öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu];
Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale
Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2411190022 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2509010009 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Vorrang für Open Source Software in Beschaffung und Vergaberecht**Beschreibung:**

Als OSBA fordern wir, dass der Staat seine Verantwortung als Ankerkunde wahrnimmt und zur Stärkung der digitalen Souveränität der öffentlichen Verwaltung einen Vorrang für Open Source Software im Vergaberecht verankert.

Konkret soll im Vergaberecht u.a. festgelegt werden: Open Source Software soll in der Beschaffung und Vergabe zum Standard werden (Open Source als Default). Dem Prinzip » Public Money Public Code« folgend, soll der Staat mit öffentlichen Geldern finanzierte Software immer unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlichen, sodass die Software in der Folge von jedermann frei genutzt werden kann. Wenn in einem Vergabeverfahren sowohl proprietäre als auch Open-Source-Lösungen zur Auswahl stehen, sollen die Open-Source-Lösungen bevorzugt ausgewählt werden (Open Source First).

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1931 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr

1. Zuständiges Ministerium: BMVg [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

GWB [alle RV hierzu]; VgV 2016 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2411190021 (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2412030025 (PDF - 37 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2505120003 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2602040024 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2602040025 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Open Source im Digitalcheck verankern

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen sowie die Prinzipien von Nachnutzung und Kooperation im Digitalcheck auf Bundesebene verankert werden. Der Digitalcheck dient dazu, dass gesetzliche Regelungsvorhaben von Anfang an digitaltauglich gestaltet werden. Wir fordern, dass Legist:innen bei der Erarbeitung von Regelungsvorhaben im Rahmen des Digitalchecks frühzeitig auch Aspekte wie die Stärkung der digitalen Souveränität sowie den Einsatz von Open Source Software berücksichtigen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406200153 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

7. Verbindliche Open-Source-Vorgabe für den Deutschland-Stack

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns für eine verbindliche Umsetzung der im Deutschland-Stack formulierten Kriterien ein sowie für eine klare Ausrichtung der Deutschland-Stacks auf Open Source Software, offene Standards und offene Schnittstellen. Zudem soll eine europäische Anschlussfähigkeit des Deutschland-Stacks gewährleistet werden.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; Kommunikations- und Informationstechnik [[alle RV hierzu](#)]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [[alle RV hierzu](#)]; Verwaltungstransparenz/Open Government [[alle RV hierzu](#)]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2602040013](#) (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [[alle SG dorthin](#)]

8. Open Source in der EU Public Procurement Directive

Beschreibung:

Als OSBA setzen wir uns dafür ein, dass bei der Reform der "Public Procurement Directive" auf EU-Ebene Open Source als Standard im EU-Vergaberecht verankert wird.

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [[alle RV hierzu](#)]; Digitalisierung [[alle RV hierzu](#)]; E-Commerce [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Handel und Dienstleistungen [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Internetpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]; Kommunikations- und Informationstechnik [[alle RV hierzu](#)]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [[alle RV hierzu](#)]; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [[alle RV hierzu](#)]; Verwaltungstransparenz/Open Government [[alle RV hierzu](#)]; Wettbewerbsrecht [[alle RV hierzu](#)]; Open Source Software; Digitale Souveränität

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 6.070.001 bis 6.080.000 Euro

Nicht rückzahlbare Zuwendung als Projektförderung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 09, Kapitel 0901, Titel 68624 (Haushaltsjahre 2021-2024) für das Projekt "Sovereign Cloud Stack - Ein offener, souveräner, förderbarer Infrastrukturstack für GAIA-X".

2. **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 210.001 bis 220.000 Euro

Nicht rückzahlbare Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 09, Kapitel 0901, Titel 68321, Haushaltsjahr 2023 für das Verbundprojekt: ECO:DIGIT - Enabling green Computing and DIGItal Transformation; Teilvorhaben: Messverfahren Cloud und Sustainability Monitoring Cloud Computing; Förderkennzeichen: 01MN23011E

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

420.001 bis 430.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschlussbericht-2024.pdf